

## Zu früh und zu lange

Es gibt verschiedene Volksbegehren in der Stadt, so zum Beispiel „Berlin autofrei“ für ein Berliner Gesetz zur gemeinwohlorientierten Straßennutzung. Bisher sind offenbar 8.200 Unterschriften eingereicht worden, 174.000 müssten es bis zum 8. Mai 2026 sein. Das Interesse scheint bislang nicht sonderlich groß zu sein. Unterstützung erfährt die Initiative durch die CDU, verbunden mit einer Replik der AfD.



Fotos: Ed Koch

Am 20. September werden in diesem Jahr das Abgeordnetenhaus und die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen neu gewählt. Ab sieben Wochen vor den Wahlen dürfen Plakate gehängt und aufgestellt werden. Man kann sich aber ja schon mal vorher ins Gespräch bringen. CDU und AfD pflastern die Straßen voll mit ihren Plakaten. „Auto verbieten verboten“, lautet der schlaue Spruch der CDU.

„In Berlin läuft ein Volksbegehren. Gut organisierte Aktivisten sammeln Unterschriften gegen das Auto, auch mit Geldern aus dem Ausland. Die Ziele der Autohasser werden von vielen Linken und Grünen unterstützt. Kommen genug Unterschriften zusammen, folgt ein Volksentscheid. Bei Erfolg droht ein Gesetz, das Millionen Berliner direkt trifft.“, heißt es auf der Internetseite <https://cdu.berlin/index.php?p=236>

Wenn ich das richtig verstanden habe, fordert die CDU die Berliner auf, nicht abzustimmen. Viele haben durch die Plakatierung der CDU überhaupt erst von dem Volksbegehren erfahren. „Ohne Auto kein Alltag“, verkündet die AfD und will offenbar damit zum Ausdruck bringen, dass man nicht dafür stimmen soll. Alles gut und schön, aber, um für oder gegen etwas zu stimmen, brauche ich nicht die Plakate der CDU und AfD. Beide Parteien nutzen das Volksbegehren, um sich bei den Autofahrern beliebt zu machen. Vielleicht geht die Sache nach hinten los, wenn angeregt durch die Plakate sich erst einmal alle mit den Forderungen der Initiative beschäftigen. Wer genehmigt eigentlich diesen Schilderwahn?



Hängen die Autoplakate definitiv zu früh für den Wahlkampf, hängt dieses viel zu lange an einem Laternenmast im Klausenpaß. Es ist ein Plakat des CDU-Abgeordneten **Dr. Jan-Marco Luczak** aus dem Wahlkampf im Februar 2025. Im Fernsehen nennt man so etwas Dauerwerbesendung.

Foto: Uwe Januszewski

## Erst ab 10 Uhr

Ein Freund von mir lebt in einem Pflegeheim und fühlt sich dort sehr wohl. Drei Mahlzeiten am Tag plus Kaffee und Kuchen. Für 5.800 Euro im Monat geradezu ein Schnäppchen. Wenn ich ihn besuche, bittet er mich, ihm zwei Cheeseburger mit Pommes mitzubringen, denn die gibt's nicht im Heim. Kürzlich hielt ich auf dem Weg zu ihm bei McDonalds, es war 09:20 Uhr. Bestellung aufgegeben einschließlich Pommes. Cheeseburger und alle anderen gesunden Fleischgerichte gabs problemlos, aber „Pommes erst ab 10 Uhr!“ Begründung: *Noch ist Frühstückszeit.* Cheeseburger zum Frühstück? Die Fritteuse stand in Sichtweite, blieb aber ausgeschaltet.

Dass es in Restaurants zu bestimmten Zeiten Frühstück gibt und erst danach die Mittagskarte auf den Tisch kommt, ist bekannt. Dass aber 95 Prozent des üblichen Angebots unter Frühstück laufen, außer Pommes, verstehe wer will.

## Kein Einzelfall



Gestern kam ich am Rüdeshheimer Platz vorbei und besuchte **Maria** und **Pino**, die bis zum letzten Jahr ihre Pizzen in der Schmiede auf dem **EUREF-Campus** anboten. Am Rüdeshheimer Platz betreiben sie jetzt das **Gelapino** mit leckerem Eis. Das hob ich mir für den Nachtisch auf. Zuvor wollte ich beim Italiener schräg gegenüber eine Pizza essen, es war 13:30 Uhr. *Pizza Salami, bitte.* Antwort: *Pizza gibt's erst ab 15:00 Uhr. Was gibt's sonst? Alles, außer Pizza.* Tja, was soll man sagen, eine Pizzeria mit eingeschränktem Pizzaangebot. Also: Spaghetti mit Fleischsauce. Auch sehr lecker. Und danach, ohne zeitliche Einschränkungen, Eisessen bei **Maria** und **Pino**.

Ed Koch